

# Die neuen Herausforderungen der brasilianischen Umweltpolitik

*Umweltstaatssekretärin Izabella Teixeira hat in einem umfangreichen Artikel für Tópicos den aktuellen Stand der brasilianischen Umweltpolitik dargestellt. Im Folgenden veröffentlichen wir eine Zusammenfassung ihrer Aussagen. Der gesamte Text in Portugiesisch steht zum Download unter [www.topicos.de](http://www.topicos.de) zur Verfügung.*

Laut Teixeira werden die Herausforderungen der brasilianischen Umweltpolitik durch die neue Stufe der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, die Brasilien in den letzten Jahren erreichte, sowie von Anforderungen der neuen globalen ökologischen Realität bestimmt. Zum einen gehe es darum, den brasilianischen Politikern bewusst zu machen, dass diese Realität auch Chancen für eine nachhaltige Entwicklung biete. Zum anderem müsse die strategische Bedeutung des Themas Umwelt stärker in allen Bereichen der staatlichen Politik verankert werden. Um diese Ziele zu erreichen, sei eine Umweltpolitik gefordert, die auf Dialog und Berücksichtigung unterschiedlicher Interessen basiere.

Für Teixeira ist nicht nur der Dialog mit und zwischen den verschiedenen Interessensgruppen unabdingbar. Auch die Kluft zwischen öffentlichem und privatem Umweltmanagement müsse verringert werden. Das öffentliche Umweltmanagement müs-

se aktiver, effizienter und innovativer werden, anstatt nur zu reagieren und ausschließlich auf Kontrolle zu setzen. Das brasilianische Bundesumweltministerium sei bereits dabei, in diese Richtung hinzuwirken.

Im Dezember 2008 wurde der Nationale Plan zum Klimawandel (Plano Nacional sobre Mudança do Clima, PNMC) verabschiedet, womit Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausemissionen in Brasilien sowie zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels koordiniert werden sollen. Eines der Ziele des PNMC ist die schrittweise Reduktion der durchschnittlichen Abholzung im Amazonas von 19 000 km<sup>2</sup> pro Jahr (1996 bis 2005) auf etwa 5 000 km<sup>2</sup> im Jahr 2017. Derzeit wird ein neues Satelliten-Überwachungssystem, das zunächst auf den Amazonas beschränkt war, auf das ganze Land erweitert.

Teixeira betont, dass sich die Debatte über die Reduktion der CO<sub>2</sub>-

Emissionen nicht allein auf die Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags beschränken darf. Auch die Sektoren Energie, Verkehr und Bau müssten berücksichtigt werden. Und das tue die Regierung bereits. Im Bereich der Biokraftstoffe verbietet ein kürzlich beschlossener agro-ökologischer Flächennutzungsplan für Zuckerrohrproduktion die Nutzung von neuen Flächen für den Anbau von Zuckerrohr im Amazonas und Pantanal.

Im Bereich Erdöl und Erdgas nennt Teixeira drei wichtige Initiativen:

1.) Im Rahmen des PROMIP (Programa de Mobilização da Indústria Nacional de Petróleo e Gás Natural) ist eine Modernisierung der Umweltsprüfung bei Konzessionsvergabe zur Förderung von Erdöl und -gas im Gange.

2.) Bei der Förderung des Pré-Sal-Erdöls ist die Finanzierung neuer Umweltmanagement-Praktiken und umweltfreundlicher Technologien durch einen Sozialfonds vorgesehen.

3.) Das gegenwärtige Modell zur Vergabe der Konzessionsrechte zur Erdöl- und Gas-Förderung sieht die Einrichtung eines Fonds zum Klimawandel vor.

Im Verkehrssektor, wo laut Studien des Umweltministeriums die CO<sub>2</sub>-Emissionen zwischen 1994 und 2007 um 44% zunahmen, wird gerade ein Plano Nacional de Logística de Transportes diskutiert. Im Bausektor wird ab 2009 die Nutzung der Sonnenenergie in sogenannten Volkswohnungen (casas populares) gefördert.

Im Bezug auf den Erhalt der Biodiversität vergab die Regierung Nutzungsrechte an 98.350 Hektar öffentlicher Wälder – sie dürfen bis zu 40 Jahre von den Konzessionsinhabern „legal und nachhaltig“ bewirtschaftet



*Umweltstaatssekretärin Izabella Teixeira (links) und Ipea-Direktor Jorge Abrahão auf einer Tagung über Biodiversität.*

werden. „Bis zur Konsolidierung einer nachhaltigen Forstwirtschaft und eines zertifizierten Holzmarktes in unserem Land müssen wir noch viele Fortschritte machen“, schreibt Teixeira.

Die Umweltstaatssekretärin erwähnt auch das von Deutschland mitfinanzierte Pilotprogramm zum Schutz der tropischen Wälder in Brasilien (PPG-7), dass bisher 120 000 Menschen zu Gute kam: Unter anderem wurden dadurch 70 000 Kleinbauern ausgebildet sowie 2 Millionen Hektar Wald im Amazonas und im Atlantischen Regenwald (Mata Atlântica) unter Schutz gestellt, 52 Millionen Hektar ökologischer Korridore im Amazonas

und 21 Millionen Hektar ökologischer Korridore in der Mata Atlântica geschaffen. Laut Teixeira zeigen solche Initiativen auch, wie schwierig es ist, „von einem Pilotprojekt zur einer strategischen Planung für die nachhaltige Nutzung unserer Umwelt überzugehen“.

Brasilien hat laut Teixeira heute etwa 77 Millionen Hektar Naturschutzgebiete, wobei etwa 26 Millionen Hektar davon seit 2003 unter Schutz gestellt wurden. Es gebe bereits erfolgreiche Initiativen, die zeigten, dass neue Finanzierungs- und Management-Modelle in diesem Bereich greifen. Neue Partnerschaftsmodelle, die nicht alles in der

öffentlichen Hand konzentrieren, müssten noch ermöglicht werden. Die wirtschaftlichen und sozialen Chancen, die vom Erhalt der Biodiversität ausgehen, müssten mehr betont werden.

Diese Reihe von Herausforderungen bestimmt eine neue Umwelt-Agenda der Regierung und der brasilianischen Gesellschaft, so die Umweltstaatssekretärin. Diese Agenda habe eine strategische Bedeutung, nicht nur, um die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern, sondern auch wegen dem geopolitischen Gewicht Brasiliens beim Aufbau einer neuen Basis für die internationale Zusammenarbeit. ■

## Neue Ausrichtung der Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika

**K**limawandel, Wirtschafts- und Finanzkrise, Energieversorgungssicherheit und Migration sind die Herausforderungen, denen sich beide Regionen gegenübersehen. Um den Problemen besser zu begegnen, hat die EU-Kommission am 30. September in ihrer Mitteilung "Die Europäische Union und Lateinamerika: Global Players und Partner" Ziele für die kommenden Jahre formuliert.

„Diese Mitteilung stellt eine weitere konkrete Initiative zur Stärkung unserer bereits gut funktionierenden Beziehungen dar. Sie zeigt, wie wichtig sowohl die Europäische Union als auch Lateinamerika als zentrale Akteure in der Welt sind, insbesondere wenn es darum geht, Herausforderungen wie der Wirtschafts- und Finanzkrise, dem Klimawandel und der Migration zu begegnen“, sagte Benita Ferrero-Waldner, EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik.

Auch mit Blick auf den im Frühjahr 2010 anstehenden EU-Lateinamerika/Karibik-Gipfel werden neue Strategien und Zielvorgaben angestrebt. So ist eine Investitionsfazilität für Lateinamerika (LAIF) geplant, durch deren Hebelwirkung die Ressourcen der Finanzinstitutionen für Projekte in den Bereichen Energieinfrastruktur, einschließlich Energieeffizienz und erneuerbarer Energiequellen, Verkehr, Umwelt und sozialer Zusammenhalt mobilisiert werden können.

„Durch eine bessere Zusammenarbeit tragen wir unmittelbar zu Frieden und Stabilität in der Region und zu ihrer weiteren Entwicklung bei, indem der soziale Zusammenhalt gestärkt, die demokratische Regierungsführung verbessert und die regionale Integration vertieft werden. Daher soll die neue Investitionsfazilität breit gefächerte Investitionen insbesondere im Infrastrukturbereich ermöglichen und somit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region beitragen“, so die Kommissarin weiter.

Die Staats- und Regierungschefs der Länder der EU, Lateinamerikas und der Karibik riefen auf ihrer Tagung in Rio de Janeiro im Jahr 1999 eine Strategische Partnerschaft zwischen den beiden Regionen ins Leben.

Die neue Mitteilung beruht auf der Erfahrung der letzten zehn Jahre und enthält eine Reihe konkreter strategischer Empfehlungen zur Stärkung der Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika im Rahmen der Strategischen Partnerschaft EU-Lateinamerika / Karibik. Sie umfasst vier grundlegende strategische Orientierungslinien für die Zukunft. Dabei haben die Intensivierung und Zielorientierung des biregionalen Dialogs sowie Stärkung der regionalen Integration Priorität. Darüber hinaus gilt es, die bilateralen Beziehungen zu stärken, die unterschiedlichen Gegebenheiten mehr zu berücksichtigen und die Kooperationsprogramme zielorientierter auszurichten und anzupassen. ■

(Quelle: <http://ec.europa.eu>)